

Haushaltsrede 2016

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Kraut, Sehr geehrter Herr Frühsammer, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, Sehr geehrte Zuhörer und Mitarbeiter der Presse,

zu Beginn meiner Haushaltsrede darf ich mich in Namen der SPD-Fraktion bei allen Beteiligten, insbesondere bei den Mitarbeitern der Kämmerei, für die gute, sachliche und konstruktive Zusammenarbeit bei der Erstellung des Haushaltsplanes 2016, herzlichst bedanken.

Wir wollen heute einen Haushaltsplan verabschieden, dessen Weichen, wenn wir ihn genau betrachten, bereits in den vergangenen Jahren gestellt wurden.

Durch Grundsatzentscheidungen der vergangenen Jahre, aufgrund von Pflichtaufgaben, ich denke hier an die Kinderbetreuung und das Schulwesen, aber auch durch kommunalpolitische Entscheidungen des Gemeinderates, wie die Neuausweisung von Baugebieten, den Bau und die Sanierung von Straßen, dabei denke ich an die Osttangente, die Hauptstraße und die Dorfstraße in Bergenweiler haben wir einen Weg eingeschlagen, der natürlich in einem derartigen Zahlenwerk seine Spuren hinterlässt. Insbesondere in der Höhe unserer Verschuldung und auch in der nun wieder heranstehenden Neuaufnahme von Krediten finden diese Entscheidungen ihren Niederschlag.

Ich möchte hier gleich feststellen, dass wir von der SPD-Fraktion als demokratisch gewählte Entscheidungsträger, die in diesem Gemeinderat getroffenen Entscheidungen mittragen und auch weiterhin mittragen werden. Ein Veto unserer Fraktion im Jahr 2010 und dem damit einhergehenden Versuch, wirklich strukturiert die in den Folgejahren heranstehenden Investitionen unserer Gemeinde zu planen, wurden damals durch Mehrheitsbeschluss abgelehnt.

Um diesen Weg, insbesondere im Straßenbau jetzt fortführen zu können, werden wir heute den geplanten und vermutlich auch erforderlichen Kreditaufnahmen für das laufende Jahr in Höhe von 1,50 Mio Euro zustimmen.

Dass damit nicht, entsprechend dem Sprichwort „..das Ende der Fahnenstange erreicht ist“, lässt sich leicht aus der mittelfristigen Finanzplanung unseres diesjährigen Haushaltsplans herauslesen.

Die Kurve unserer Verschuldung steigt zwar in den Jahren 2017 und 2018, auch unter Berücksichtigung der Tilgungen, nicht so gravierend an, aber sie zeigt doch, dass noch ein im wahrsten Sinne des Wortes "steiniger Weg" vor uns liegt. Zumal unsere Gemeindeverwaltung im Jahr 2019 bereits wieder mit einer Kreditaufnahme von mehr als 1,00 Mio Euro kalkuliert.

Während die Finanzierung des ehemaligen Hauptschulgebäudes bereits in der mittelfristigen Finanzplanung seinen Niederschlag findet, fehlt der gewünschte Neubau des Feuerwehrgerätehauses, bis auf eine Rate von 50.000 Euro für Planungskosten, noch gänzlich.

Um diese genannten Zahlen wirklich sicher halten zu können, dass zeigte sich bereits in der einhelligen Meinung des Gemeinderates bei den Vorberatungen, wurden die Einnahmen bei den Grundstücksverkäufen, auch wenn sie sich rechnerisch und aufgrund der vorhandenen Flächen darstellen lassen würden, von 1,21 Mio Euro auf 974.000 Euro heruntergefahren.

Gleichzeitig müssen wir, um in der Folge bereits im Eigentum der Gemeinde befindliche Flächen, die derzeit aufgrund ihrer Lage nicht erreichbar erscheinen, verwerten zu können, im Grunderwerb logischer Weise ein finanzielles Polster von jetzt 750.000 Euro bereitstellen.

Ein Gegenwert, der die genannte Kreditermächtigung doch etwas relativiert.

In unserem Verwaltungshaushalt möchte ich lediglich auf ein paar mir wichtig erscheinende Zahlen näher eingehen:

Als eine wesentliche Säule unserer Einnahmen stellt sich hier, wie immer, der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer in Höhe von 2,70 Mio Euro dar. Zuzüglich der Schlüsselzuweisung nach mangelnder Steuerkraft sind damit mehr als 4,70 Mio Euro unserer Gesamteinnahmen von 7,53 Mio Euro generiert.

Bei den Ausgaben des Verwaltungshaushaltes möchte ich, auch in meiner Eigenschaft als Kreisrat, die Kreisumlage nicht unerwähnt lassen. Mehrheitlich wurde im Kreisrat erreicht, dass die Kreisumlage, entgegen dem Wunsch der Landkreisverwaltung in diesem Jahr nicht angehoben wird. Damit bleibt diese Ausgabe bzw. diese Abführung an den Landkreis auf einem Niveau von 1,96 Mio Euro.

Vordergründig bleiben damit unserem kommunalen Haushalt ein ursprünglich von der Kreisverwaltung kalkulierter Betrag in Höhe von etwa 190.000 Euro an Ausgaben erhalten. Die SPD-Fraktion hatte sich für eine maßvolle Anhebung, die zu einer weniger hohen Belastung in den Kommunen geführt hätte, eingesetzt.

Hier gilt leider auch der Grundsatz: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Denn, machen wir uns nichts vor, Sanierung und Unterhaltung des Straßennetzes, die soziale Grundsicherung, Schulen und gemeinnützige Einrichtungen des Landkreises, die von uns allen genutzt werden, aber auch die massiven Verpflichtungen in der Asyl- und Flüchtlingsunterbringung kosten ihr Geld und müssen unterhalten werden.

Es gilt mit Maß und Ziel beiden Interessen, Landkreis und Kommune, gerecht zu werden.

Wir haben diese Struktur nicht geschaffen, es gilt jedoch diese in unser aller Interesse zu erhalten.

Bei den Ausgaben des Verwaltungshaushalts sind für das laufende Jahr 15.000 Euro für das Gemeindeentwicklungskonzept eingestellt. Diesem Betrag ist ein Sperrvermerk auferlegt, um dem Gemeinderat ein Vetorecht zu erhalten.

Im Bereich der Kindergärten steigt die Abmangelbeteiligung auf 1,33 Mio Euro. Damit beläuft sich der Zuschussbedarf in dieser Haushaltsstelle auf rd. 912.000 Euro.

Die Neueinrichtung der "TIGER"-Gruppe führt alleine im Bereich des Verwaltungshaushaltes zu Mehrausgaben in Höhe von rd. 33.000 Euro. Dem stehen kalkulierte Elternbeiträge in Höhe von 15.000 Euro gegenüber.

Im Vermögenshaushalt schlägt die Gruppe, abzüglich eines Bundeszuschusses, in Höhe von 17.000,- Euro zu buche. Hier möchte ich nochmals ausdrücklich beantragen, hinsichtlich deren Unterbringung die Räumlichkeiten im Erdgeschoss der Brenzer Grundschule eingehend zu überprüfen.

In der Haushaltsstelle Asyl- und Obdachlosenbetreuung findet sich ein Betrag für Personal in Höhe von 30.600 Euro. Über diese Personalausgaben wird noch ausdrücklich zu reden sein. Da nach derzeitigem Stand und laut dem Leitfaden des Landkreises Heidenheim, Stand: Juli 2015, nicht unsere Kommune, sondern grundsätzlich der Landkreis für die **Betreuung** der Asylbewerber und Flüchtlinge in der Anschlussunterbringung zuständig ist.

Hier möchte ich auch einmal erwähnen und unseren Dank gegenüber all denjenigen aussprechen, die sich in unserer Gemeinde ehrenamtlich in der Asyl- und Flüchtlingsunterbringung engagieren.

Kritisch und sorgenvoll möchte ich ebenso nicht unerwähnt lassen, dass uns das neue Flüchtlingsaufnahmegesetz noch vor große Herausforderungen stellen wird. Allein für die Anschlussunterbringung wurden, nach unserer Meinung richtigerweise, 44.000 Euro im Verwaltungshaushalt eingestellt.

Wünschenswert im Hinblick auf die Möglichkeiten der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden ist eine engere Zusammenarbeit zwischen Kommune und dem Landkreis. Derzeit ist eine solche Zusammenarbeit, außer bei der Abgrenzung von Zuständigkeiten, noch nicht spürbar! Ich denke hier an die gemeinsame Anmietung von Gebäuden.

In der Haushaltsstelle "Volkshochschule" fehlt derzeit die Leitung. Wir möchten in diesem Zusammenhang die Verwaltung bitten, zeitnah mit dem Gemeinderat die weitere Verfahrensweise und die Bewertung der Stelle zu diskutieren.

Die Firma Gansloser hat uns im vergangenen Jahr deutlich vor Augen geführt, was uns bei der Sanierung unserer Gemeindestraßen erwartet. Deshalb finden wir es richtig den sowieso jährlich eingestellten Pauschalbetrag auf 200.000 Euro zu erhöhen. Wichtig bleibt natürlich auch, dieses eingestellte Geld seinem Sinn entsprechend und in wesentlichem Umfang im laufenden Jahr auch einzusetzen.

Bevor ich auf den Vermögenshaushalt noch kurz eingehe, möchte ich doch nicht unerwähnt lassen, dass wir immerhin eine Zuführungsrate von knapp 1,00 Mio Euro an den Vermögenshaushalt erreichen.

Abzüglich unser Tilgungen verbleiben damit knapp 500.000 Euro.

Der Vermögenshaushalt ist, wie eingangs erwähnt, geprägt von der Sanierung unserer Hauptstraße mit den unseren Haushalt belastenden Ausgaben **-also abzüglich der Zuschüsse-** von 715.000 Euro im Jahr 2016 und weiteren 321.700 Euro im Jahr 2017.

Die Dorfstraße in Bergenweiler stellt die zweite große Maßnahme mit einem Volumen von über 1,00 Mio Euro dar. Mit den zugesagten Landesmitteln "Entwicklung ländlicher Raum ELR" wurde damit ein Weg beschritten, der zwar nicht die gleiche Förderquote erreicht, wie die Ausweisung eines Sanierungsgebietes. Aber, nachdem diese Anträge mehrmals abgelehnt wurden, ist dies für uns ein guter und gangbarer Weg zur Umsetzung.

Damit wären aus unserer Sicht, die wesentlichen, den Straßenbau betreffenden Maßnahmen abgeschlossen. Natürlich mit der Maßgabe in der Sanierung unserer Straßennetzes nicht nachzulassen.

Für die Schule wurden die Ausgaben in Höhe von 45.000 Euro mit einem Sperrvermerk versehen. Nicht um damit den Schulleiter und seine Mitarbeiter zu ärgern, sondern um über Sinnhaftigkeit der einen oder anderen Ausgabe nochmals explizit diskutieren zu können.

Erwähnen möchte ich als Beispiel die geplante Ausgabe für einen Kompaktschlepper in Höhe von 21.900 Euro. Als unbedrängte Alternative könnte auch die Fremdvergabe des Winterdienstes ein erwähnenswerter Gedanke sein.

Die Unterstützung der Feuerwehr, eine alternativlose Einrichtung unserer Gemeinde, mit ihren immer komplexer wertenden Aufgaben, stellt sich für mich als selbstverständlich dar. Ob aber die eingestellten 28.000 Euro für Digitalfunk benötigt werden, wage ich zu bezweifeln.

100.000 Euro wurden im Vermögenshaushalt für einen Kinderspielplatz oder eine Brücke über die Brenz am Baugebiet "Oberer Bogen" eingestellt. Für unsere Fraktion eine wichtige, richtige und schon seit mehr als 10 Jahren von uns geforderte, Entscheidung eine nahe Verbindung des Baugebietes zum Hauptort herzustellen. Die Nutzung des auf Seiten der "Heinrich-Heine-Straße" befindlichen Spielplatzes ergibt sich dann von selbst.

Zum Abschluss erlauben Sie mir noch einige Gedanken zur Konsolidierung unseres Haushaltes.

Während der jetzigen Niedrigzinsphase und im Hinblick auf die immer stärker werdende Konkurrenz bei der Ansiedlung junger Familien und eben auch bei der Ansiedlung von Gewerbebetrieben ist es für uns wichtig zeitnah und schnell, bebaubare Flächen zur Verfügung zu haben.

Bereits bei der Umsetzung des einen Gebietes sollte bereits über die nächsten Maßnahmen nachgedacht werden. In Sontheim fehlt es an entsprechenden Flächen, weshalb wir hier **beantragen** möchten, in gleicher Weise, wie mit dem an die Firma "Oberhansl" veräußerten Grundstück, auch mit weiteren Flächen im innerörtlichen Bereich zu verfahren.

An derartigen "durchlaufenden Posten" kann unsere Gemeinde nur gewinnen.

Auch müssen wir es schaffen die Zeiträume von der Planung bis zur Veräußerung wesentlich zu verringern.

Zudem möchten wir nochmals daran erinnern, endlich eine Art "Grundstücks- und Gebäudebörse" auf unserer Homepage einzurichten. Zum einen können Privatpersonen auf dieser Plattform ihre Häuser und Grundstücke seriös und kostenneutral anbieten und zum anderen kann unsere Gemeinde zeitnah bei interessanten Flächen intervenieren und eigenes Interesse bekunden.

Zum Schluss darf ich Ihnen im Namen der SPD-Fraktion mitteilen, dass wir dieser vorliegenden Haushaltssatzung und diesem Haushaltsplan 2016 mit seinen Anlagen zustimmen werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Reiner Lindenmayer, SPD-Fraktion